

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Breite Welt“, „Braun-Brot“ und „Der Jugend-Gemüse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Poststellung und Cassa für den Monat April 35.— Mk., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 37.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Elsassgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 60.— Mk., für das übrige Ausland 67.— Mk.

Die angeforderten Werbepreise ober deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Anfertigung. Allein Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk. einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Kleinen-Beilagen 2.— Mk. netto pro Seite. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Versprecher Zentrum 152 90—153 90

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Stinnes-„Gutachter“

Zur Privatisierung der Eisenbahnen
Von Wilhelm Thura u.-Berlin

(Schluß)

Wie eine Unverkennbarkeit wirkt die angebliche weitere Feststellung der Gutachten, daß die Verabwirtung der Bahnanlagen durch den Krieg nicht etwa eine Belastung der Betriebsrechnung in dem Sinne zur Folge gehabt hätte, daß nach dem Kriege außergewöhnliche Aufwendungen für Erneuerungen notwendig gewesen wären. Das Gutachten kommt sogar zu dem Ergebnis, daß diese Aufwendungen im Vergleich zur Vorkriegszeit bedeutend zurückgegangen seien. Dabei fällt jedem Reisenden auf, daß auf den Strecken überall fieberhaft gearbeitet wird, um den Eisenbahnbetrieb wieder auf den früheren Stand zu bringen. Allerdings handelt es sich dabei nicht um bahneigenes Personal, denn diese Arbeiten werden zum Zwecke des besseren Verdienstes an Privatunternehmer vergeben. Dadurch wird um Millionen und abermals Millionen teurer gebaut.

Die Herren charakterisieren sich selbst mit ihrer angeblichen Schlussfolgerung, daß als Ergebnis der Denkschrift festzustellen sei, daß die übergroße Beanspruchung des Apparates im Kriege nur von unbedeutendem Einfluß auf die überlaufenden Fehlbeträge gewesen ist. Die laufenden Fehlbeträge sind während der Kriegszeit verheimlicht worden, sie haben sich heute aber infolge der Geldinflation vervielfacht, so daß infolge der Entwertung des Geldes jetzt ungeheure Summen ausgegeben werden müssen, um den Eisenbahnbetrieb wieder auf normale Höhe zu bringen. Diese famosen Sachverständigen glauben nachweisen zu können, daß der Verkehr gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gesunken ist, nach ihrer Schätzung auf etwa 70 v. H. Dieser stark gesunkene Verkehr ist aber nach ihrer Meinung nicht allein die Folge des Rückganges der deutschen Produktion, die größer gewesen wäre, wenn die Eisenbahnverwaltung nicht verkehrsdroffend gewirkt hätte. In gut Deutsch überseht könnte man sagen, daß nach dem Urteil der „Sachverständigen“ der Verdienst der Privatindustrie noch größer als er schon an und für sich ist, gewesen wäre, wenn die Eisenbahnverwaltung noch mehr Aufträge an die Privatindustrie gegeben hätte.

Man muß dem Gutachten darin recht geben, daß es die Eisenbahnverwaltung an statistischen Unterlagen, aus denen die Abwanderung in die unteren Wagenklassen infolge der Tarifierhöhungen festzustellen ist, hat fehlen lassen. Damit wird die Möglichkeit genommen, zu beurteilen, wie durch ein anderes Verhältnis der Einheitsätze die Einnahmen der unteren Wagenklassen gesteigert werden können. Es ist ja bekannt, daß die oberen Wagenklassen prozentual gegenüber den unteren Wagenklassen bei allen Tarifierhöhungen fortgesetzt gesunken sind.

Ebenso interessant ist auch die angebliche Feststellung des Gutachtens, daß die geringe Leistungsfähigkeit der Eisenbahn gesteigert wurde durch die Forderung der Disziplin, durch die allgemeine Arbeitsunlust usw. Die Forderung der Disziplin ist der Industrie auch in ihren Betrieben allerdings ein Dorn im Auge. Ein großer Prozentsatz der oberen Beamtent würde es viel lieber sehen, statt über freie Menschen, über Autos zu befehlen, die ihren Anordnungen unter allen Umständen rückichtslos Folge zu leisten hätten. Die Feststellung, daß die allgemeine Arbeitsunlust des Personals an der geringen Leistungsfähigkeit der Eisenbahn mit schuld sei, muß der Verfasser, der selbst langjähriger Eisenbahnbeamter ist, als eine Unverschämtheit bezeichnen und als solche zurückweisen. Schon das „Berliner Tageblatt“ weist in seiner Nummer 179 vom 15. April nach, daß auch bei der Großindustrie selbst eine geringere Leistungsfähigkeit des Personals aus bekannten Gründen eingetreten ist. Hierbei interessiert besonders der Schrei nach Bismarck, den die Herren Verfasser der Denkschrift ausstoßen. Sie sagen, daß der damalige Staat über eine unbeschränkte Autorität verfügte, eine straffe Beamtendisziplin hatte usw.

Schwer liegt den sogenannten Sachverständigen und ihren Auftraggebern auch die Einführung des Achtstundentages im Magen. Das Gutachten faßt daher auch über Dienstbereitschaft, Dienstpausen, Zeit der Vorbereitung für den Dienst, Dienstfahrten des Personals zwischen Dienstort und der Heimatstation, zum Teil sogar über den Annarsch zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte, die als Arbeitszeit

Die Deutsche Lügendiplomatie

Doppelzüngig und unehrlich

Mit heiligem Bemühen sucht die sogenannte nationale Presse Deutschlands Schuld am Kriege in die Schuldliche umzuwenden. Ein vergebliches Beginnen! Vergeblich deshalb, weil die Brandstifter-Tätigkeit der deutschen maßgebenden Kreise im hohlen Verein mit den Machthabern Desterreich-Ungarns außer allem Zweifel feststeht, und weil gerade aus den amtlichen deutschen Dokumenten durch ihr Treiben aufs Schlagendste hervorgeht. Wir verstehen die Absichten der nationalen Kreise. Denn wenn die Hohenzollern und ihr engerer Anhang schuldlos am Kriege sind, dann sind auch die gegen sie erhobenen Vorwürfe hinfällig, und — so argumentiert man — den Hohenzollern ist bitteres Unrecht geschehen, das nur durch ihre schnelle Restauration wieder gut gemacht werden kann.

Aber der gegen die Hohenzollern und die deutschen militärischen und imperialistischen Kreise erhobene Vorwurf ist nicht grundlos. Und die Legende von der Schuldlosigkeit hat soeben in München bei dem Prozeß, den Kurt Eisners früherer Sekretär Felsch gegen den Verleger der „Süddeutschen Monatschrift“ führt, der ihn der Fälschung eines amtlichen Dokuments beschuldigt, einen ebenso tödlichen Dolchstoß erhalten, wie früher schon die andere Legende von dem Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres durch die, wenn auch vielleicht ungewollten Eingeständnisse der „Berufsenften“, nämlich deutscher Heerführer, erledigt worden ist. Aber das angeblich gefälschte, in Wirklichkeit echte Dokument enthält noch eine weitere nicht minder interessante Tatsache: die Verlogenheit der deutschen Diplomatie, die bewusste Irreführung des deutschen Volkes durch die Regierung, die Doppelzüngigkeit der geborenen Vertreter deutscher Wahrhaftigkeit und ihre Gewissenlosigkeit und Verworfenheit.

Unmittelbar nach Kriegsende hatte Kurt Eisner einen privaten Bericht veröffentlicht, der am 9. Dezember 1914 von dem damaligen bayerischen Gesandten in Berlin Graf Verchenfeld an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling geschrieben worden war, und der sich mit einer Unterredung Hertlings mit dem französischen Geschäftsträger Allizé beschäftigte. Hertling hatte Allizé gegenüber am 23. Juli 1914 zugegeben, daß ihm das österreichische Ultimatum an Serbien bekannt sei. Trotzdem hatte die deutsche Regierung in der Folge wiederholt feierlich betont, daß ihr der Inhalt des Ultimatus nicht bekannt gewesen, daß sie vielmehr von dem Ultimatum überrascht worden sei. Verchenfeld empfahl nun Hertling, was die deutsche Diplomatie und die Oberste Heeresleitung und die Admiralität als ihr Recht und ihre Pflicht stets für sich in Anspruch genommen: zu lügen. Und so wurde dann in der „Bayerischen Staatszeitung“ am 30. Dezember 1914 eine „Berichtigung“ losgelassen, die der Wahrheit ins Gesicht schlug, aber den „Zwecken“ Deutschlands und der deutschen Diplomatie entsprach. Und warum? Mittlerweile hatte die Aeußerung Hertlings gegenüber Allizé in dem französischen Gelbbuch Aufnahme gefunden. Dem mußte entgegengearbeitet werden.

Die darauf bezüglichen entscheidenden Stellen des Verchenfeldschen Briefs an Hertling lauten:

gewertet werden; alles angebliche Feststellungen, die die Tendenz dieser Denkschrift, die rein auf großkapitalistischen Erfolge zugeschnitten ist, erkennen lassen. Die Sachverständigen betonen, daß die Belastung der lebensnotwendigen Güter, wie Kohle, Eisen, Lebensmittel usw. durch Erhöhung der Tarife über das Maß der inneren Geldentwertung hinaus eine weitere Entwertung des Geldes und weitere Preissteigerung im Gefolge haben müsse. Ich stimme hier ausnahmsweise mit den Sachverständigen überein, meine aber, daß nicht die leider so notwendigen Tarifierhöhungen hieran schuld sind, sondern daß in erster Linie die ungeheuren Gewinne der gesamten Industrie mit schuld an der ungeheuren Geldinflation sind. Ein Blick auf die Dividenden der Wirtschaft der Großindustrie und der Werke zeigt, welche ungeheuren Summen roh dieser leider so notwendigen Tarifierhöhungen zurückgelegt werden konnten. Die Vertrustung in der Privatindustrie ist zum erheblichen Teile auf Kosten der Eisenbahnverwaltung mit erfolgt, da die

Hochverehrter Freund!

Das französische Gelbbuch liegt hier noch nicht vor. Die Zeitungen haben aber bereits Auszüge gebracht. Der „Matin“ erwähnte eine Unterredung zwischen Em. Erzellenz und dem französischen Geschäftsträger Allizé, die auch in deutschen Zeitungen behandelt wird. Nach dem „Matin“-Auszug hatten Em. Erzellenz Herrn Allizé gesagt, daß ihnen das österreichische Ultimatum bekannt sei.

Herrn hat Graf Wedel auf die Note bemerkt, daß diese Zeitungsmeldungen hier großes Aufsehen erregt hätten. — Das Auswärtige Amt habe allen Staaten und der Öffentlichkeit gegenüber immer daran festgehalten, daß ihm das österreichische Ultimatum vor seiner Uebersendung in Belgrad nicht bekannt gewesen sei. Dieses Gebände, das für die Stellung des Reiches dem jetzigen Feinde gegenüber wichtig sei, würde durch die Aeußerung Em. Erzellenz an Herrn Allizé, wenn sie unumwunden bleibt, umgestürzt.

Ich habe Graf Wedel erwidert, daß Em. Erzellenz das Ultimatum sicherlich nicht gekannt hätten. Wenn die Unterredung mit Herrn Allizé überhaupt stattgefunden hätte, was ich nicht weiß, so würde Em. Erzellenz diesem gewiß nur gesagt haben, daß Desterreich, wie die Dinge liegen, ernste Garantien von Serbien verlangen müsse, und daß hiernach die Lage ernst sei.

Man ist mir aus den Akten bekannt, daß Em. Erzellenz durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers, Herrn von Schön, vom 18. Juli laufenden Jahres Nr. 386 den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatumsknote erhalten hätten. Schön hat aber in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß Deutschland behaupten werde, es sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden, wie alle anderen Mächte. Dabei muß es selbstverständlich bleiben und es muß daher auf alle Fälle bestritten werden, daß Em. Erzellenz den Inhalt des Ultimatus vor seiner Uebersendung gekannt haben. Denn wie der „Matin“ sagt, kann nicht angenommen werden, daß das, was man in München wußte, nicht in Berlin bekannt gewesen wäre.

Dem Auslande gegenüber, muß, wie schon gesagt, auf alle Fälle alles bestritten werden.

Graf Verchenfeld mußte in München in dem Felsch-Prozeß vor Gericht zugeben, daß er den Brief tatsächlich geschrieben habe. Damit ist der Stab gebrochen über die deutsche Diplomatie, und der Münchener Prozeß ist schon jetzt, unbeschadet seines Ausgangs, zu einem weiteren wertvollen Beweisstück gegen die Berliner und Wiener Brandstifter geworden.

München, 28. April.

Beim heutigen zweiten Verhandlungstag des Verleumdungsprozesses Felsch gegen Cohnmann und Genossen mußte der frühere bayerische Gesandte in Berlin, Graf Verchenfeld, zugeben, daß er am 9. Dezember 1914 den an Eisner veröffentlichten Brief an Graf Hertling geschrieben hat. Der Reichsminister Bethmann-Hollweg und der Unterstaatssekretär Zimmermann waren mit dem scharfen Vorgehen gegen Serbien einverstanden. Was den Schön'schen Bericht betreffe, so sei er nur für „Wissende“ geschrieben worden (d. h. in ihm wurde die Wahrheit gesagt, in den anderen Berichten nicht. Die Red. d. „Freiheit“).

Sowohl der Münchener Staatsarchivar Abg. Dirr als auch Staatsrat von Voehl bezeugten, daß bei Ausbruch der Revolution verschiedene Originale von Vorkriegsgerüchten vernichtet worden sind, damit sie nicht den Revolutionären in die Hände fielen.

Großindustrie sich nicht scheut, die Preise für die notwendigen Materialien zum Teil um weit über das 100fache der Friedenspreise heraufzusetzen, um hierdurch Betriebskapital in die Hand zu bekommen, die Konzernbildung vornehmen und dadurch ein Diktat auf dem Preismarkte ausüben zu können.

Der Fuchs kommt auch zum Vorschein, wenn die angeblichen Sachverständigen meinen, daß alle Kreise sich darüber einig seien, daß die Eisenbahn wie ein privates Erwerbsunternehmen verwaltet werden sollte. Gerade das Gegenteil ist der Fall, nicht wie ein privates Erwerbsunternehmen, sondern wie ein Verkehrsunternehmen soll der Eisenbahnbetrieb geleitet sein. Das Erwerbsunternehmen steht nur darauf, wie es am besten und am leichtesten die höchsten Gewinne erzielt. Das Verkehrsunternehmen muß aber aus natürlichen Gründen heraus auch solche Strecken im Betriebe halten, die sich an und für sich nicht rentieren, um aufkeimende Industrien usw. zu stützen.

Die angeblichen Sachverständigen scheinen die Organisation der Eisenbahnverwaltung gar nicht zu kennen, sonst könnten sie nicht die Beförderung äußern, daß einzelne Eisenbahndirektionsbezirke gar nicht in der Lage sind, die Wirkung der von ihnen getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen hinreichend zu übersehen, und die Verunsicherung, daß der einzelne Bezirk Verbesserungen zu eigenem Vorteil zum Wohle der Gesamtheit erzieht, auch wenn sie wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind. Den Verfassern scheint nicht bekannt zu sein, daß alle Ausschaffungen im Eisenbahnbetriebe vom Eisenbahnenzentralamt getätigt werden und daß hierdurch schon eine gewisse Einheitlichkeit gewährleistet wird. Es geht ja den Verfassern des „Gutachtens“ gar nicht darum, die Wirtschaftlichkeit zu heben, sondern zu versuchen, mit sadenscheinigen Gründen die Schuld an der schlechten Finanzlage der Eisenbahnen der politischen Entwicklung zuzumessen.

Der Vorschlag dieser einzigartigen Sachverständigen geht dahin, eine gemeinwirtschaftliche Aktiengesellschaft zu schaffen, die die Reichseisenbahn im ganzen übernehmen soll. Als Hauptträger der Gesellschaft denken sich die Herrschaften die verschiedenen Berufsstände: Landwirtschaft, Handel, einschl. Banken, Industrie und Handwerk, außerdem die Gewerkschaften und Kommunen, letztere zugleich als Vertreter der freien Berufe und Verbraucher. Sie empfehlen ferner, der Beamten- und Arbeiterchaft der Reichseisenbahn eine Beteiligung an der Gesellschaft zu gewähren. Der Reichsverband der deutschen Industrie und diese samstlichen Sachverständigen mögen sich beruhigen. Die Gewerkschaften, die diesen Namen wirklich verdienen, sowohl wie auch die Beamten- und Arbeiterchaft im allgemeinen lehnen diesen ihnen quäsig hingeworfenen Pöbel glatt ab. Sie betrachten es als einen wesentlichen Fortschritt, daß es gelungen ist, die Eisenbahnen aus dem Reize der Länder zu lösen und sie als einen einheitlichen Reichsbetrieb weiterhin fortführen zu können. Auch staatspolitisch muß dem Reichsbetriebe das Wort geredet werden. Gerade durch die Zentralisation der Eisenbahn in der Reichseisenbahnverwaltung ist ein wesentlicher Fortschritt vom föderativen Staat zum Einheitsstaat getan. Wer Anhänger des gequälten deutschen Reiches ist, kann niemals seine Hand dazu bieten, dieses Unterpfand der Einheit zur privaten Interessenausnutzung einer Privatgesellschaft in die Hände zu geben.

Die „Sachverständigen“ rechnen ja auch selbst nicht damit, daß mit der beabsichtigten Privatisierung der Eisenbahn das Defizit verschwindet, sondern nehmen selbst eine weitere Verschlechterung der Finanzlage an. Der sachverständige Vater kommt bei genauer Berechnung der Ergebnisse auf Grund der Denkschrift zu dem Resultat, daß das vorhandene Defizit der Reichseisenbahn sich bei der beabsichtigten Reorganisation in absehbarer Zeit noch vergrößern müßte. Wohin die Reise geht, sieht man aus dem weiteren Vorschlag der angeblichen „Sachverständigen“, daß, wenn die beabsichtigte Gesellschaft zu einer wirtschaftlichen Betriebsführung gelangen soll, ihr das Recht nicht vorenthalten werden könnte, die Tarife selbst festzusetzen. Für eine Uebergangszeit von drei Jahren empfehlen die Sachverständigen, dem Reichsverband der deutschen Industrie sogar völlige Tariffreiheit zu gewähren, und nur, so lange es für die Volksernährung notwendig sein dürfte, wie etwa für wichtige Lebensmittel, wie Hülsenfrüchte, Mehl, Kartoffeln usw. die Tarifierhöhungen einzuschränken. Die Verbraucher haben aber durch das „freie Spiel der Kräfte“, die Aufhebung der Zwangswirtschaft usw., einen zu bitteren Vorgeschmack bekommen, als daß sie jetzt denselben Weg gehen wollen.

Diese angeblichen „Sachverständigen“ merken aber auch, daß der Appetit mit dem Essen kommt; denn sie wollen, daß das dem Reize nach Artikel 94 der Reichsverfassung zustehende Eisenbahnmonopol der neu zu gründenden Gesellschaft übertragen werden soll. Dieses Monopolrecht muß natürlich das Eigentumsrecht einschließen. Neue dem allgemeinen Verkehr dienende Eisenbahnen dürfen nach dem Gutachten nur von der Gesellschaft oder mit ihrer Zustimmung gebaut werden. Das bedeutet eine glatte Ausschaltung jeder Konkurrenz, ein vollkommenes Diktieren aller Tarife seitens des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Die famose Denkschrift befaßt sich dann auch mit weiteren Vorschlägen, wie die Uebernahme der Eisenbahn vom Reize auf die Privatindustrie sich auf die dem Eisenbahnkörper angehörigen Beamten und Arbeiter auswirken würde. Sie tun hier sehr sozial angehaucht, doch wird dieses Mäntelchen niemanden, der Einsicht in die Verhältnisse hat und den unerfüllten Sehnsüchten der Industrie kennt, irgendwie irritieren.

Selbst ohne die geforderte vollkommene Tariffreiheit wird es der Eisenbahnverwaltung möglich sein, in kürzerer Zeit als drei Jahren ihren Reichsbetrieb so lukrativ zu gestalten, wie es ein Reichsbetrieb sein muß, wenn die Industrie mit ihren Bucherforderungen für Material endlich aufhört. So lange aber die Ausgaben für Eisen, Kohle, Öl, Holz und alle im Eisenbahnbetrieb notwendigen Bedarfsartikel von der Industrie fortgesetzt höher geschraubt werden, so lange also die Einnahmen infolge der Schuld der Industrie fortgesetzt unter den Ausgaben bleiben müssen, kann der Eisenbahnbetrieb nicht rentabel gestaltet werden. Es ist eine ungläubliche Zumutung, daß diejenigen Kreise, die zuerst einmal die Eisenbahnverwaltung vollkommen bankrott gemacht haben, jetzt dieselbe Eisenbahnverwaltung für ein direktes Butterbrot einreden möchten. Die Methode erinnert zu sehr an den bekannten Diebestrick „Haltet den Dieb!“, um auf irgendwelche Stellen Einfluß gewinnen zu können.

Nach dem Gutachten soll die Gesellschaft für die Uebernahme der Bahnen keine andere Gegenleistung zu machen haben, als daß sie die vom Reize übernommenen Eisenbahnschulden im Betrage von 65 Milliarden Papiermark zu ihren Lasten übernimmt.

Vor dem Kriege betrug der Fundus der Eisenbahnen etwa 20 Milliarden Goldmark. Die Gesellschaft will für diese Anlagen fest gültig 1/2 Milliarde Goldmark zahlen. Hier muß man sagen: „Höher geht's nimmer.“ Eine Regierung, die mit diesen Herren vom Reichsverband der deutschen Industrie über dieses Projekt ernsthaft verhandeln wollte, gehörte vor den Staatsgerichtshof.

Nicht eine Privatisierung der Eisenbahn gilt es anzustreben, sondern eine Sozialisierung der hierzu reifen Werke der Kohlen- und Montanindustrie. Wenn diese Werke endlich einmal vom Reize betrieben würden, wenn außerdem das Reich die ihm zustehenden Steuern auch von den Besitzenden restlos erhalten würde, dann würde es mit der Kaufkraft des Geldes und damit auch der Finanzpolitik der Eisenbahnverwaltung sehr bald anders aussehen.

Kommunistische Irreführung

Die „Note Fahne“, die als Stipendiat der kommunistischen Regierung in Rußland selbstverständlich auch deren treuen Fiktionen spielen muß, ist sehr erpöht, weil die „Freiheit“ in ihrer geizigen Mordeausgabe die Sowjetregierung an ihre Pflicht erinnerte, die jahrelang in Kerkerhaft gehaltenen revolutionären Kämpfer, denen jetzt Todesstrafe droht, so zu behandeln, wie es die kommunistischen Sektionen für die wegen politischer Vergehen verurteilten und verurteilten Kommunisten verlangt. Die „Note Fahne“ erwidert darauf:

„Die „Freiheit“ hat sehr recht, wenn sie schreibt, daß Leute, die wegen revolutionärer Kämpfe eingesperrt worden sind, freigelassen werden müssen. Leider vergißt sie aber, ihren Lesern mitzuteilen, daß die Herrschaften, um deren Weisheit sich der „Note Fahne“ so angelegentlich kümmert, nicht wegen revolutionärer, sondern wegen konterrevolutionärer Betätigung schuldig geworden sind. Es ist, gelinde gesagt, eine unverdächtige Beleidigung für die revolutionären Arbeiter, die in Deutschland von der Oberleitungs eingeterrt und zum großen Teil nicht amnestiert worden sind, wenn man ihren Kampf gleichsetzt mit den Taten dieser Sozialkonterrevolutionäre. Die revolutionären Arbeiter in Deutschland haben keine Mordanschläge auf proletarische Führer angebracht und durchgeführt, wie es die Schlinglinge der „Freiheit“, die Sozialkonterrevolutionäre in Rußland getan haben. Sie haben nicht Augen mit Argwohn präpariert und haben ihren ganzen Kampf so geführt, daß sie sich täglich verdünnen können, mit antibolschewistischen Mordern in einem Atem genannt zu werden.“

Wir brachten vor kurzem einen Artikel „Meinungsfreiheit in Rußland“, in der der kommunistische Proletarier Wjatsnikow seine Eindrücke über das kommunistische Regime in Rußland schildert. Wjatsnikow ist 17 Jahre Kommunist, hat in seinen Kämpfen gegen das zaristische Regime 7 1/2 Jahre in Kerker und Zwangsarbeit, weitere 3 1/2 Jahre auf der Flucht aus der Verbannung zubringen müssen. Er wurde, weil er es wagte, an dem kommunistischen Regime Kritik zu üben und einige Thesen anzustellen, die seiner Meinung nach zu einer Besserung der russischen Parteiverhältnisse führen, wegen „verleumdender Tätigkeit“ aus der kommunistischen Partei Rußlands ausgeschlossen. Dieser proletarische Kommunist kommt in seinen Schilderungen zu dem Schluss:

„Jeder Versuch, ein kritisches Wort zu sagen, führt dazu, daß man den Bagewichtigen in die Rufe der Menschewiki oder der Sozialistenrevolutionäre setzt mit allen daraus entstehenden Folgen.“

Danach mag man ermesen, was es auf sich hat, wenn die „Note Fahne“ schreibt, es handele sich um Konterrevolutionäre. Es ist, gelinde gesagt, eine bewusste Irreführung, wenn die „Note Fahne“ die Sache so hinzustellen versucht, als hätten alle die in den Gefängnissen Sowjetrußlands saßenden politischen Gefangenen Attentate auf proletarische Führer verübt. Schon wer Kritik wagt, ist Menschewik, ist Sozialistenrevolutionär, ist Konterrevolutionär „mit allen seinen Folgen“. Welcher Art diese Folgen sind, hat niemand besser gekennzeichnet als Lenin, als er mit donnernden Worten von der Schnelkündigung der Sowjetregierung mit Erschießungsanordnungen sprach. Ein Regime aber, das keine Kritik vertragen kann, stellt sich selbst unter alle Kritik.

Die Pflicht sorgsamster Nachprüfung

Auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Bleske, Aitner, Lüdemann und Genossen wegen des Ausbleibens der Bestätigung mehrerer sozialistischer Studierende zu Direktoren höherer Lehranstalten Groß-Berlins hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgendes beantwortet: „Die Entscheidung über die Bestätigung der von den Bezirksämtern Groß-Berlins in den letzten Monaten zu Direktoren höherer Lehranstalten gewählten Studierende ist bis auf zwei seit längerer Zeit gefallen und den zuständigen Stellen mitgeteilt worden. Bei diesen beiden konnte die endgültige Zielgenahme noch nicht erfolgen, da sich Erhebungen als notwendig erwiesen, die noch nicht zum Abschluß gelangt sind.“

Wie diese Entscheidung ausgefallen ist, darüber werden keine Mitteilungen gemacht. Die Verantwortlichen müssen aber sein gutes Gewissen haben, denn „zu zuständiger Stelle“ erfährt der amtliche Preussische Pressedienst zu der ganzen Frage noch folgendes: Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß er bei der Bestätigung von Wahlen zu Direktoren höherer Lehranstalten nur die sachliche Eignung, nicht die politische Gesinnung zu prüfen habe. Diese Prüfung wird in jedem Falle ernst und gewissenhaft vorgenommen, und in keinem einzigen Falle hat die Nichtbestätigung eines Direktors auch nur das geringste mit der politischen Stellung des Gewählten zu tun gehabt. Solange es für den Minister ein Recht der Bestätigung gibt, gibt es auch eine Pflicht sorgsamster Nachprüfung.

Ob auch die Wahlen deutschnationaler Studierende „sorgsamster Nachprüfungen“ unterliegen? Oder sehen diese erst ein, wenn es sich um sozialistische Lehrkräfte handelt?

Jugend und Wohlfahrtspflege

Am Donnerstag begann im Hauptauschuß des Preussischen Landtags die Beratung des Etats für das Wohlfahrtsministerium. Zunächst kamen die beiden Abteilungen Jugend und allgemeine Wohlfahrt zur allgemeinen Besprechung. Die allgemeine und die Jugendwohlfahrt vertritt für die unabhängige Fraktion die Genossin Frau Christmann, die Volksgesundheits Ge-

nosse Dr. Senl. Beide vertraten in längeren grundsätzlichen Ausführungen unsere Stellung zum Wohlfahrtsrat und vertraten eine große Reihe von Anträgen, die geeignet sind, die schlimmsten Nöte der unbemittelten Bevölkerung etwas zu mildern. Die Ausführungen unserer Redner begegneten sichtbar allseitigem Interesse der verschiedenen politischen Gruppen. Auch der Minister und seine Mitarbeiter gaben grundsätzlich zu manchen Anregungen unserer Genossen ihre Zustimmung.

Unterbrechung der Plenarsitzungen

Spezialbericht des Vertreters des WTB.
Genua, 28. April

Die heute nachmittag im Kreise der Unterkommission des ersten Ausschusses gepflogenen Besprechungen über die der russischen Delegation vorzuliegenden Vorschläge sind zu Ende gegangen, ohne daß über ein Ergebnis etwas bestimmtes verlangt. Es wird angenommen, daß die Besprechungen morgen fortgesetzt werden. — Ueber den Termin der nächsten Plenarsitzung der Konferenz steht noch nichts fest. Eine Plenarsitzung wird wahrscheinlich erst Mittwoch nächster Woche in Frage kommen.

Eine schwierige Arbeit

Genua, 28. April.

Spezialbericht des Vertreters des WTB.
Die ursprünglich für heute vorm. einberufene Sitzung der Entente-Delegierten zur endgültigen Redaktion des russischen Memorandums begann heute nachmittag um 4 Uhr. Anwesend waren die Vertreter der einladenden Entente und je zwei Delegierte der kleinen Entente und der Neutralen. Es liegen zwei Redaktionen für das Memorandum vor, eine englische und eine französische. Beide Dokumente müssen nebeneinander verlesen und überseht werden, was natürlich eine sehr zeitraubende Arbeit darstellt, so daß man nicht damit rechnen, daß die Verhandlungen heute schon zu Ende geführt werden können.

Die Botschafterkonferenz sagt

(Havas.) Paris, 28. April.

Die Botschafterkonferenz trat heute morgen im Ministerium des Auswärtigen zusammen, um einige Fragen von geringerer Wichtigkeit zu behandeln. An die Presse wurde kein Bericht ausgegeben. Dem Vorschlag der französischen Regierung, die Botschafterkonferenz mit der Prüfung des deutsch-russischen Vertrages zu betrauen, wurde keine Folge gegeben, da Lloyd George als Antwort auf die französische Anregung, die ihm übermittelt worden war, eine Versammlung des Obersten Rats in Genua vorgeschlagen hat.

Die Deutschen bei den Russen zu Gast

(Sonderbericht des „Jutel“.)

Genua, 28. April.

Gestern abend fand bei der russischen Delegation ein Abendessen statt, zu dem die deutsche Delegation geladen war. Von Dr. Birch und Eshlitscherin wurden kurze Ansprachen gehalten, die der Bedeutung des deutsch-russischen Vertrages gewidmet waren.

Rußland und Estland

(D.N.) Rensal, 28. April.

Wie halbamtlich bekanntgegeben wird, ist der estnische Gesandte in Tiflis mit seinem gesamten Personal verhaftet worden. Damit erfahren die gespannten Beziehungen zwischen Estland und den Sowjets eine offensichtliche weitere Verschärfung.

Wiederaufbau Petersburgs

(D.N.) Petersburg, 28. April.

Dies wurde ein Vorvertrag mit einer großen deutschen Baufirma abgeschlossen, demzufolge diese einen bedeutenden Anteil an den Wiederaufbauarbeiten in Petersburg auf sich nimmt. Als Gegenleistung will sich die deutsche Firma die Ausbeutung der Petersburger Tonlager und einiger Waldbezirke und die Errichtung einer Hegerlei sichern.

Dechanel gestorben

Paris, 28. April.

Der ehemalige Präsident der französischen Republik Paul Dechanel ist heute nachmittag gestorben.

Beilegung des Metallarbeiter-Streiks

(Jutel.) London, 28. April.

Chamberlain schlug in der gestrigen Parlaments-sitzung die Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung des Konfliktes in der Metallindustrie vor, nachdem beide Parteien im Prinzip die Einsetzung eines Schiedsgerichtes gutgeheißen hatten. Die erste Sitzung des Schiedsgerichtes wird heute vormittag stattfinden.

Der 1. Mai Staatsfeierstag in der Tschechoslowakei

(Jutel.) Prag, 28. April.

Die am 21. April abgehaltene Sitzung des Ministerrates beschloß, den 1. Mai als Staatsfeierstag zu betrachten.

Keine Rundgebungen der ungarischen Sozialisten am 1. Mai

(Jutel.) Budapest, 28. April.

Da die Regierung die Veranstaltung von Märschen verboten hat, beschloß die Sozialdemokratie, am 1. Mai keine Versammlungen und Rundgebungen zu veranstalten, sondern sich auf die Durchführung der vollständigen Arbeitstube am 1. Mai zu beschränken.

Die Stodawerke in Odeffa. Nach einer Meldung der „Prager Presse“ hat der allrussische Gewerkschaftsverband mit den Stodawerken ein Abkommen getroffen, dem zufolge die Stodawerke das bisher nationalisierte Donawerk zum Bau landwirtschaftlicher Maschinen in Odeffa übernehmen soll. Die Stodawerke werden eine besondere Tochtergesellschaft gründen, deren Teilhaber auch ukrainische Genossenschaften sein sollen.

Braunschweig

Eine Attade gegen die sozialistische Regierung

Von G. Vogtberg.

Der frühere Minister Dertter hatte bekanntlich nach seinem Ausschluss aus der Partei erst in einer Broschüre, dann in einem in den bürgerlichen Blättern veröffentlichten Artikel eine Reihe von Vorwürfen erhoben, die sich außer gegen andere führende Genossen besonders gegen Dertters frühere Ministerkollegen richteten. Es war in Form und Inhalt der Teil eines Hochfeldzugs, durchaus nicht diktiert von dem Bestreben sachliche Kritik zu üben und bessere Hand anzulegen, und so ergab es sich von selbst, daß der in seiner Eitelkeit gekränkte Verfasser, der durch eigenes Verschulden sich selbst außerhalb der anständigen Gesellschaft gesetzt hatte, viel Klatsch und Tratsch einschlacht und sich den zahlloser benutzter Unwahrheiten gefallen lassen mußte. Trotzdem entschlossen sich sowohl das Ministerium wie auch alle Fraktionen des Landtags, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses herbeizuführen. Dieser Ausschuss, aus drei Unabhägigen, zwei Rechtssozialisten und vier Bürgerlichen bestehend, hat unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Jaspert (SP.) in 2 öffentlichen und mehreren geheimen Beratungen gearbeitet und legt einen umfangreichen schriftlichen Bericht des (bürgerlichen) Abg. Gamppe an den Landtag erstattet.

Was sich schon im Verlauf der öffentlichen Verhandlungen zeigte, tritt auch im Ausschussbericht deutlich hervor. Eine Menge von Belanglosigkeiten, über die in anderen Ländern und unter anderen Umständen kein Wort verloren würde, Ueberschreitung von Befugnissen usw. dienen, Vorkommnisse, sollen hier zur Charakterisierung von Unregelmäßigkeiten, die unter dem alten Regime an der Tagesordnung waren, wurden zur Belastung der sozialistischen Regierung ausgenutzt. Das gab natürlich ein drei Wochen langes Fest für das Bürgertum, und das Ergrößen hatte einen besonderen Reiz dadurch bekommen, daß ein früherer „Genosse“ und „Kollege“ der Angeklundigten seine mit ihnen gemeinsam gehaltenen Erlebnisse auspackte, vertrauliche Privatgespräche ausnutzte und alle erdenklichen Mittel skrupelloser Verleumdung und Aufschwärzung spielen ließ.

Bei den im Ausschuss gruppierten Anschuldigungen handelte es sich in der Hauptsache um solche, die den früheren Minister, Genossen Aug. Junke, betreffen. Was Dertter von den anderen Ministern des jetzigen und früheren Kabinetts behauptet hatte, wurde vom Ausschuss direkt als ermittelte Unwahrheiten festgestellt. Dertter hatte den von ihm gegen die Minister Anreiz und Grafewohl erhobenen Beschuldigungen eine materielle falsche, geradezu verleumderische Form gegeben, die Dertters Zweck dienen sollte, aber wie vieles andere, der Wahrheit nicht standhielt. Dem früheren Minister Junke wird besonders vorgeworfen, daß unter seiner Duldung oder Teilnahme mehrfache mißbräuchliche Benutzung von Dienstreisen zu Privatfahrten vorgekommen ist. Das Autofahren der Minister ist hier beim Bürgertum besonders anrüchlich, besonders, da der „Ankläger Dertter“ selbst in seiner Ministerzeit sich ein eigenes Auto hielt, und, wie der Ausschuss feierlich erklärt, damit selbst den Anreiz zu beglümtem Mißbrauch gab. Bei einem solchen „Mißbrauch“ wird sogar eine Mehrbelastung der Staatskasse von ganzen 6000 Mark festgestellt, trotzdem es sich um ausgesprochene Dienstreisen handelte. Mit solchen Nebenächlichkeiten hat der Ausschuss wohl allein eine ganze Woche vergeudet, — was man wohl auch als einen „Mißbrauch“ ansprechen kann. Bei einer anderen Autofahrt war ein Hund überfahren worden. Junke sollte als Inasse haften und erklärte sich schließlich auch dazu bereit. Den entsprechenden Vermerk machte er, wie man festzustellen glaubte, nachträglich auf das betreffende Aktenstück, und flugs wird vom Berichterstatter angedeutet, daß das eine „Urkundenfälschung“ sei, über die der Landtag freilich nicht zu befinden habe.

Ein besonderes Kapitel bilden „Unregelmäßigkeiten bei der Schulpolizei“, und zwar in deren Wirtschaftsbetrieb und bei der Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten. Die letzteren Vorwürfe sind, auch politisch, besonders zu beachten. Der Entlassung früherer reaktionärer Polizeioffiziere wird besonders warm gedacht und sie als ein Akt parteipolitischen Vorgehens bewertet. Mit größerer Milde soll dagegen bei der notwendigen Entlassung „sozialdemokratischer“ Polizeibeamten vorgegangen sein. Dem Gesamtministerium unter Dertter wird eine Verantwortung besonders daraus hergeleitet, daß in einer Kabinettsitzung eine Verständigung zwischen höheren Polizeibeamten versucht wurde. Es war natürlich bekannt und wurde im Ausschuss beglümlich breitgetrieben, daß starke Differenzen zwischen dem Polizeipräsidenten und seinen nächsten Untergebenen bestanden. Die Bürgerlichen schreiben deren Duldung natürlich auch auf das Konto der Begünstigung von Parteigenossen, denn es handelte sich um Beamte, die sich zu den Rechtssozialisten zählten. Alle diese Vorwürfe kann man ansehen als eine Nachwirkung der vorjährigen summarischen Säuberung der Polizei von den Stahlhelmlenten. Die Entrüstung hierüber, an der sich auch die „Demokraten“ beteiligten, hat damals das Bürgertum lange beschäftigt. In die Polizei, in die Justiz, wie in die übrigen Verwaltungszweige neues Blut einzuführen, betrachtete unsere sozialistische Regierung natürlich von jeher als ihre Hauptaufgabe. Hier eben steht selbstverständlich auch das Bürgertum zu energischer Gegenwehr ein. Bei der Diskreditierung der sozialistischen Regierung handelt es sich eben auch hier für das Bürgertum um die Erringung der politischen Macht, um eine Futtertruppenpolitik zu ferneren Zielen.

Bekanntlich hatte Dertter u. a. den sensationellen Schwinkel in die Welt gesetzt, Genosse Aug. Junke habe ihm Auftrag zur Ausarbeitung eines Regierungsprogramms gegeben. Die Befragung der hier in Frage kommenden von Dertter ausgenutzten Privatunterhaltung, die dem Ausschuss eigentlich nichts anging, führte zu der Feststellung, daß höchstens davon die Rede sein könne, Junke habe Dertter nahegelegt, seine Anregungen zu Papier zu bringen.

Der Untersuchungsausschuss hat es offensichtlich unterlassen, ein Endurteil abzugeben und will das dem Landtag überlassen, in dem über den Bericht am Mittwoch verhandelt werden wird. Buvor bereits hatte sowohl Dertter, als jetziger Mitarbeiter der deutschnationalen „Landeszeitung“, wie auch die übrige bürgerliche Presse, der Regierung nahegelegt, im Landtag die Vertrauensfrage zu stellen oder, der Sicherheit wegen, freiwillig zurückzutreten. Das

Gemeindearbeiter und Schiedsspruch

Keine Verquickung mit den Werkstarifen

Unsere Leser dürften bereits durch die ausführlichen Darlegungen des Genossen Reuter in seinem „Freiheit“-Artikel und aus dem Bericht seiner Rede in der Stadtverordnetenversammlung zu den Forderungen der städtischen Arbeiter und mit der Haltung des Magistrats hinreichend informiert sein. Angesichts der heutigen ergebnislosen Stadiverordnetenversammlung, die ausflog, beschäftigten sich die städtischen Arbeiter gestern Abend mit dem Stand der Angelegenheit in einer Versammlung.

Der Bevollmächtigte Polenske berichtete über die Verhandlungen im Magistrat und vor dem Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums und gab die Stimmverhältnisse zur Urabstimmung der städtischen Arbeiter bekannt. Während das Lohnkartell beschloß, dem Schiedsspruch zuzustimmen, sah sich der Magistrat veranlaßt, seine Zustimmung von einer Verquickung der Lohnfrage der städtischen Arbeiter mit einer Erhöhung der Werkstarife abhängig zu machen. Die städtischen Arbeiter werden sich einer derartigen Behandlung energisch widersetzen. Die Zustimmung zum Schiedsspruch darf niemals mit einer Dedungsvorlage verquickt werden. — In einer besonderen Vorlage müßte der Magistrat versuchen, Dedung für die Mehrausgaben zu beschaffen. Das Lohnkartell habe nun beschlossen, beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs zu beantragen.

Unser Genosse Dettmer begründete in längerem Ausführungen den Standpunkt unserer Stadtverordnetenfraktion in dieser Frage. Er erklärte, daß die Fraktion ein derartiges

Spiel, nämlich die Verquickung des Schiedsspruchs mit einer Dedungsvorlage vorzunehmen, nicht mitmachen werde. Unser Verlangen, eine Teilung der Magistratsvorlage vorzunehmen, haben die bürgerlichen Parteien abgelehnt. In der Einzelabstimmung über die Vorlage des Ausschusses seien die Kohlenkaufel, die Erhöhung des Gas- und Wasserpreises und des Straßenbahntarifes abgelehnt worden. In der Gesamtabstimmung über die Vorlage des Magistrats, die lediglich eine Erhöhung der Elektrizitätspreise gebracht hätte, hätte die bürgerliche Mehrheit die Vorlage zu Fall gebracht und damit auch den Schiedsspruch für die städtischen Arbeiter abgelehnt.

Die Versammlung beschloß noch, falls der Schiedsspruch erneut abgelehnt werden sollte, am Mittwoch den 3. Mai um 8 1/2 Uhr vormittags bei Boeser, Weberstraße 17, zusammenzukommen, um das Abstimmungsprotokoll zu einer Urabstimmung über einen eventuellen Streik der Gemeindearbeiter entgegenzunehmen. Weiter wird das Lohnkartell sich durch Plakate an die Berliner Bürgerschaft wenden, und durch eine genaue Schilderung die Situation darlegen. Dergleichen ist im Anschluß an die außerordentliche Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am kommenden Dienstag eine massenhafte Demonstration der städtischen Arbeiter geplant.

Die Sammelpunkte für die Demonstration sind: Norden, Spandau, Charlottenburg, Moabit, Steintor Bahnhof, Osten und die Bezirke 15, 16, 17, 18, Baitenplatz, Südwesten, Westen und die Bezirke 10, 11, 12, 13; Velle-Alliance-Platz, Süden und die Bezirke 5, 14, 15. Mariannenplatz. Die städtischen Arbeiter treffen sich um 5 Uhr an den Sammelpunkten.

Kabinetts wird weder das eine noch das andere tun, sondern die Initiative der bürgerlichen Minderheit überlassen. Sie darf das um so mehr, als das jetzige Kabinetts in keiner Weise belastet ist. Wenn man von Schändigen sprechen will, können es nur Dertter und Genosse Junke sein, die beide dem Kabinetts nicht mehr angehören. Das reaktionäre Bürgertum muß sich also selbst die weiteren Mittel und Wege zur Beseitigung der verhassten sozialistischen Regierung suchen. Die Bürgerlichen rechnen bereits in der Presse ganz offen mit der Unterjüngung ihrer Zahl durch Dertter, und diese Spekulation ist natürlich durchaus richtig. Aber auch dann würde bei voll befestetem Hause ein Misstrauensvotum mindestens mit Stimmengleichheit abgelehnt werden. Das ist gewiß für Parlament und Regierung ein sehr unerfreulicher Zustand. Die drei sozialistischen Parteien und ihre Minister sind indessen keineswegs geonnen, das Feld kampflös der Reaktion plus Dertter zu überlassen. Die Parteien, die Fraktionen und die Regierung erkennen deutlich die eigentlichen Absichten des arbeitereindlichen Klüngels. Sie werden nach wie vor mit allen Kräften ihre Schuldigkeit tun, ändern und bessern, was änderungsbedürftig ist, aber nach wie vor Braunschweig und seine Regierung dem sozialistischen Dreistaatenbündnis zu erhalten streben.

Klassenjustiz in Oberschlesien

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags sprach gestern Genosse Lichtenstein über die Justiz in Oberschlesien. Es ist ebenfalls Klassenkampf, der sich in dieser durch nationalistische Hetze und Brudermord ohnehin schwer geplagten Industrieregion unter der Maske der Rechtspflege verbirgt. Im November 1918 lähmendes Entsetzen auch bei der reaktionären ober-schlesischen Justiz. Hörling gibt hier Belagerungszustand und Kriegsgerichts wieder, der politische Kampf gegen die Arbeiterklasse steht wieder ein, die Justiz nimmt Rache an der Revolution. Die Militärlisten der Interalliierten Kommission assistieren nach Kräften und erklären den Belagerungszustand in Bernonena. Das Privat-eigentum wird wieder über den Schutz der Person gestellt. Das Landgericht Gleiwitz verhängt für die geringsten Eigentumsvergehen schwere Strafen, wie Zuchthaus, man will auf jeden Fall abschrecken. Bei Gewalttaten aus nationalstischer Verbeugung sucht man den Täter vergebens. Gegen die Interalliierte Kommission hat die Justiz, die doch den Streik bei den Arbeitern als ein furchtbares Verbrechen ansieht, anfangs gestreift. Die Feinde von gestern werden aber gern als Bundesgenossen akzeptiert, wenn es zum Kampf für das heilige Eigentum und gegen das Proletariat geht. Jeder Arbeiter ist suspekt und wird bei dem geringsten Delikt festgehalten. Der Bürger, der eine Waffe verbirgt, wird sofort freigelassen, der mitangeklagte Arbeiter muß zwei Monate lang bis zur Verhandlung in Haft bleiben. Die Amnestie wird für Arbeiter und linksradikale Politiker illusorisch gemacht. Verteidiger werden in jeder Weise drangalieriert. Genosse Lichtenstein wird zweimal in Ordnungstrafe genommen, weil sich das Gericht durch seinen Kleinstift bedrückt fühlte. Der demokratische Abgeordnete Kochmann versuchte die Angaben des Genossen Lichtenstein abzuschwächen, mußte aber die vorgebrachten Tatsachen zugeben. Der Justizminister machte sich flehlig Notizen und ließ sich Aktenzeichen geben. Der Deserent für Oberschlesien versuchte sich totzustellen: Oberschlesien sei besetzt, der Einfluß des Ministeriums eingeschränkt usw. Daß es im unbesetzten Deutschland mit der Justiz nicht besser steht, verschweigt der Herr.

Hermes-Dunst

Hermes, Deutschlands Finanzminister, hatte die Finanzminister der deutschen Länder zu einer Konferenz nach Bärzburg geladen, wo er ihnen eine Rede hielt. Hermes, der die Ernährungswirtschaft zugrunde gerichtet hat, wird auch das Finanzwesen völlig ruinieren. Darauf kann man sich bestimmt verlassen. Dafür garantiert der Name Hermes. Ein ernsthaftes Programm, wie die Finanzwirtschaft auf eine gesunde Grundlage gestellt werden kann, hat der Herr Finanzminister seinen Kollegen natürlich nicht vorgelegt. Er wird sicherlich glauben, sein Steuerkompromiß sei so vorzüglich, daß er aller Sorgen enthoben sei. Daher hat Hermes der Konferenz auch nur leere Worte vorgebracht. So hat er bekamert, die Länder und mit ihnen die Gemeinwesen lebensfähig zu erhalten, sei nicht bloß die verfassungsmäßige Pflicht, sondern eine unmittelbare Lebensnotwendigkeit des Reiches. Hermes hätte nur hinzuzufügen sollen, wie er denn die Länder und Gemeinden lebensfähig erhalten will. Denn das ist die Hauptsache. Der Herr Finanzminister hat aber betont, daß eine wesentliche Besserung der Verhältnisse eingetreten sei. Er könne mitteilen, daß nach einem vorläufigen Ab-

schluß für das Rechnungsjahr 1921 die Einnahmen des Reiches aus Steuern und Abgaben annähernd 90 Milliarden betragen hätten, was gegenüber einem Voranschlag von nur 55,8 Milliarden ein Mehr um etwa 60% bedeute. Die Einkommensteuer sei daran mit rund 28 Milliarden beteiligt gegenüber einem Etatsanschlag von ursprünglich 12, später 20 Milliarden, und die Umsatzsteuer mit fast 12 Milliarden gegenüber einem Etatsanschlag von ursprünglich 5,4 später 9 Milliarden. Wenn dieses Ergebnis auch zum Teil auf die Geldentwertung zurückzuführen sei, so stellten sie andererseits doch einen sichtbaren Beweis dafür dar, daß die Finanzverwaltung des Reiches nunmehr stehe und laufe.

Die Einkommensteuer ist bisher im wesentlichen von der arbeitenden Bevölkerung eingezogen worden, die auch die Umsatzsteuer ausbringen muß. Hermes hat seine Freunde daran, daß gerade diese Steuern locale „Erfolge“ gebracht haben. Ueber den Ertrag der Besitzsteuer hat er nach dem Bericht, der uns vorliegt, sich nicht ausgelassen. Die Mehreinnahmen sind, worauf der Finanzminister hat hinweisen müssen, zum Teil ein Ergebnis der Notarpreise. Man kann also, wenn man will, diese „Erfolge“ noch steigern. Damit macht man aber der deutschen Bevölkerung nur blauen Dunst vor. Die sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften, haben dem Finanzminister den Weg gewiesen, der einzuschlagen ist. Er weicht ihm aber aus, weil er den Besitz schonen will.

Hermes

Hermes, Hermes, Schattensführer,
Großer Toten-General!
Vott der Diebe, Vott der Krämer
Vott der Deutschen alzumal;
Immer bist du noch besüßelt
Wie in der antiken Welt:
Doch die Säwingen an den Füßen
Deuten jetzt auf Feiengeld.
Georg Herwegh, 1849.

Die USPD, Königsberg hinter der Zentrulleitung

Die letzte Mitgliederversammlung der USPD in Königsberg/Pr. stimmte folgender Resolution zu: Die am 21. April 1922 im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung der USPD Königsbergs billigt die Haltung der Zentrulleitung im Falle des „Freiheits“-Konflikts, sie billigt weiter die Haltung der Reichstagsfraktion in den Fragen der Koalitionen, wie der Steuer- und auswärtigen Politik und erwartet, daß die Partei unbeirrt als Führerin des revolutionären sozialistischen Proletariats auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms den Kampf führt für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Klauen des Kapitalismus. Insbesondere begrüßt die Mitgliederversammlung die Zusammenführung der Arbeiterinternationalen zu gemeinsamen Konferenzen, Demonstrationen und Aktionen und erwartet die konsequente Durchführung dieser Politik.

Politische Kreisläufe

Eine bürgerliche Korrespondenz kolportiert die erschlatternde Nachricht, daß das Bäderbündnis, das in dem Gesamtverband nationaler Arbeiterberufsverbände vereinigt ist, beschlossen hat, gegen die Arbeitkrude am 1. Mai zu protestieren! Ihr Aufruf wendet sich gegen den Internationalismus und tritt ein für die Erwedung eines starken Nationalbewußtseins. Diese Leute empfinden den 1. Mai als einen Trauertag, weil an jenem Tag vor dem Kriege die zum Zusammenbruch führende Verbeugung in die deutsche Arbeiterklasse getragen worden sei. — Es erübrigt sich, diesen politischen Stumpfsinn irgendwie zu kommentieren, und wir begnügen uns, unseren Genossen lediglich Kenntnis zu geben, daß es noch sogenannte nationale Arbeiter gibt, die sich in Gedankengängen, wie sie oben zum Ausdruck kommen, bewegen.

M. SCHULMEISTER
Kottbuser Tor
Herrenanzüge N. 1575-3500
Herrenschlupfer N. 1450-3000
Regenmäntel

Groß-Berlin

Legendenbildung

Wer sich der Mühe unterzieht und in den tiefen Schichten der Volksseele zu forschen versteht, der wird oft auf Edelmetall stoßen von einer Reinheit, wie solche Schätze nur bei Völkern mit alten Kulturen anzutreffen sind. Die Dankbarkeit und die Verehrung, mit der die deutschen Arbeiter ihre Großen, die gefallenen Helden der Revolution umgeben, ist ein Stück dieser Art. Nur ein Beispiel wollen wir hier aufzeigen, um es dem Vergessen zu entreißen.

In einer Arbeiter-Kunstausstellung im Rathaus in Neukölln wurde von einer erwerbslosen Künstlerin unter anderen sehr feinen Holzschnitten auf Seidenpapier auch ein Blatt der „Mator dolorosa“ gezeigt. Ein Kopf mit jenem ergreifenden Ausdruck des aufgewählten Schmerzes im Mutteranitz, wie ihn vielleicht nur eine Frau nachempfinden kann.

Eine einfache Frau aus dem Arbeiterstand verlangte das Bild zu kaufen. Sie war der Meinung, daß es das Abbild der Rosa Luxemburg sei, deren Märtyrertod in der Revolution für Arbeiterherzen ewig eine frische Wunde bleiben wird.

Unser aussichtsreicher Genosse verstand sie nicht und wollte sie dahin belehren, daß es das Bild der heiligen, schmerzgebeugten Mutter sei und nicht das der Genossin. Die Frau aber schüttelte den Kopf und sagte:

„Wissen Sie denn, lieber Genosse, ob das Antlitz der Rosa in ihrem Todeskampf nicht jener gleich war, die Sie da nennen? Nein, zerstören Sie mir den Glauben nicht, ich nehme das Bild als das der Rosa Luxemburg!“

So entstehen Legenden, die ewig sind, weil sie an dem gleichgültigen Schmerz des Vergangenen anknüpfen. Der Kampf unserer Rosa Luxemburg wird glorifiziert in dem Bild der „Mator dolorosa“.

Der neue Etat Berlins

Der Berliner Stadthaushalt 1922 ist der Stadtverordnetenversammlung schon zugegangen. Die Endsumme beträgt 11723 Millionen, der Anleihebedarf hat sich von 788 auf 254 Millionen ermäßigt. Die Ueberschüsse der zentralen Werke haben sich von 178 auf 302 Millionen erhöht. Die Vorlage rechnet mit einem Gemeindeanteil an den Reichsteuern und weiteren Reichs- und Landeszuschüssen von zusammen 1950 Millionen. Hierzu tritt der bisherige Anteil an der Reichsumschüttung (5 Prozent) mit 1925 Millionen. Es sollen ferner abgedeckt werden 1458 Millionen durch Belastung der Realsteuern mit 1907,17 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gewerbesteuer. Außerdem erstreckt sich die Vorlage auf die Bewilligung und Besetzung der für 1922 eingestellten neuen Stellen und die Zins- und Tilgungssätze für ausgenommene Darlehen.

Mai-Feier in den Krankenkassen

Auf Grund des Beschlusses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hatte die gewerkschaftliche Organisation der Krankenkassen-Angehörigen bei dem Vorstand der Krankenkassen den Antrag gestellt, den 1. Mai als Feiertag freizugeben. Der Vorstand des Verbandes hat in seiner letzten Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt, diesem Ersuchen auf Grund der Stellungnahme der Zentral-Organisation nicht entgegenzutreten.

Die Vorstände der angeschlossenen Krankenkassen werden gebeten, falls ihre Angehörigen mit einem derartigen Ersuchen an sie herantreten, auch ihrerseits dem Verlangen stattzugeben und dafür zu sorgen, daß den Kassenmitgliedern, ebenso den Arbeitgebern rechtzeitig Kenntnis davon gegeben wird, daß am 1. Mai der Dienst in den Krankenkassen ruht.

Wir machen hierbei gleichzeitig darauf aufmerksam, daß auch die Angehörigen der Anstalt des Verbandes in Berlin C., Alexanderstr. 39/40, beschlossen haben, den 1. Mai zu feiern

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Englisch autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1918 by H. S. G. Co., Berlin

(66. Fortsetzung.)

Ich lernte seine Nieder auswendig und trug sie mit großer Begeisterung in den Rücken der Offiziersburden vor, denen ich, so oft ich konnte, kurze Visiten machte. Diese Besuche gab ich jedoch sehr bald auf, und zwar gabens Berangers Verse:

„Ist erst das Mägdelein siebzehn alt,
Sucht heimlich es nach jeder Mühe...“

den Anlaß dazu. Die Soldaten knüpften an diese Worte eine unflätige Unterhaltung über Mädchen, die mich so in Wut brachte, daß ich Jermochin mit einer Kasserolle über den Kopf schlug. Esidorow und die anderen Burden befreiten mich aus seinen Händen, ich wagte mich jedoch fortan nicht mehr in die Offiziersküchen.

Zum Spazierengehen hatte ich keine Zeit, dazu hatte ich schon in meiner dreifachen Eigenschaft als Stubenmädchen, Hausknecht und Laufbursche viel zu viel Arbeit. Nun mußte ich auch noch meinem Lehrmeister, der vom frühen Morgen bis zum späten Abend wie eine Maschine arbeitete, an die Hand gehen. Ich hatte tagtäglich den Zeichenkarton und die Pausleinwand aufzuspannen, Kostenaufschläge abzuschreiben und die Rechnungen der Lieferanten zu prüfen. Es gab in jenen Jahren ganz besonders viel zu tun: Die bis dahin dem Staate gehörenden Baualtkellen auf dem Terrain des Jahrmärkts gingen in den Besitz der Kaufleute über, die Verkaufshallen wurden gründlich renoviert, und mein Lehrherr beteiligte sich als Unternehmer an den Reparaturarbeiten und Neubauten. Er entwarf die Zeichnungen für allerhand Durchbrucharbeiten, Lichtfenster und sonstige Änderungen, und ich trug seine Zeichnungen samt einem geschlossenen Kuvert, das eine Fünfundzwanziggrubelnote enthielt, zu einem alten Architekten, der das Geld behielt und seinen stets gleichlautenden Vermerk unter die Zeichnung setzte: „Die Richtigkeit der Zeichnung

wird nach Prüfung der Sachlage hiermit bescheinigt und die Aufsicht über die Bauausführung übernommen ... Imjaref.“

Natürlich hatte er die Sachlage nie geprüft, und die Aufsicht über die Bauarbeiten konnte er schon darum nicht übernehmen, weil ihn ein hartnäckiges Leiden am Ausgehen hinderte.

Streikdebatte im Neuköllner Rathaus

Eine Blamage der Bürgerlichen.

In einer ausgedehnten Debatte kam es in der letzten Bezirksversammlung des 14. Verwaltungsbezirks am Mittwoch, dem 26. April, über den von den „christlich unpolitischen“ Elternräten ohne auch nur einen maßgebenden Grund in Szene gesetzten Streik in einigen Schulen in Neukölln. Ein Vertreter der Rechtssozialisten begründete eine Anfrage wegen der von Schülern in der 37. Gemeindegasse, Mariendorfer Weg, angerichteten Verwüstung vieler Klassenzimmer. Was hier die Schülern durch christlich unpolitischen Elternräte und, wie festgehalten, ohne die geringste Hebelwirkung durch ihre Lehrer anrichtete, grenzt an Vandalismus und zeit die Blüten der „christlichen“ Erziehung. Lehrerpulte wurden zertrümmert, die Deckel in großer Zahl von den Tintenfässern gerissen, die Tintenfässer wurden an die Wand geworfen. Der Schaden dürfte sich auf mehrere Tausend Mark belaufen. Und das alles unter stiller Billigung der Lehrer, unter Führung des christlich-unpolitischen Elternrates, dessen geistliches Haupt der bis zu den Deutschenationalen heruntergekommene ehemalige Tischlergeselle Grundmann ist.

Genosse Dr. Löwenthein sprach als Vertreter des Bezirksamtes. Der Grund des Streiks sei angeblich die Verlegung einiger Klassen aus der 37. Gemeindegasse Mariendorfer Weg nach der Ansehelsstraße. Der Minister Voelkel hatte diese Verlegung verfügt, nachdem er sich durch Regierungsvertreter selbst von der Notwendigkeit überzeugt hatte. Der Kampf der christlich-unpolitischen Elternräte richtete sich aber nur gegen die weltliche Schule, für die in der 37. Gemeindegasse einige Klassen errichtet werden sollen. In den in den Schulen angeschlagenen Aufrufen wird verlangt: Entfernung der weltlichen Klassen, Entfernung der Kinderhort- und Kindergärten. Aber ohne Erlaubnis der Schulbehörde haben diese Herren sich für Lichtbildervorträge einen Saal einrichten lassen. Dringlichst ersuchte Löwenthein, von dem bösen Spiel im Interesse der Kinder abzulassen. Für die weltliche Schule sei der Streik eine gute Propaganda. Die Verlegung der Schulverwaltung, daß die Lehrer weiter zu unterrichten haben, wird seitens der Lehrer nicht beachtet. Das Bezirksamt, sagte Löwenthein, wird aber da, wo Beweise gegen Lehrer erbracht sind, auf's Schärfste vorgehen. Er bedanke sich für eine solche Erziehung, die solche Früchte bringt.

Unser Redner, Genosse Harnisch, legte erneut unseren Standpunkt zur Religionsfrage dar und erbrachte stichhaltige Beweise für das Vorgehen mehrerer Lehrer, insbesondere gegen den berüchtigten Antisemiten Rektor Freitags. Die Zustände sind durch das Vorgehen der unchristlichen unhaltbar. Wir verlangen sofortiges Einschreiten des Bezirksamts, Entfernung der widerspenstigen Lehrer und Zurückweisung der Hausmeister, die, entgegen ihren Anweisungen, das Schultor nicht öffnen. Die Arbeitereltern werden bei der kommenden Wahl der Elternbeiräte den Deutschen die rechte Antwort geben.

Nachdem noch einige Redner der Linken das unerhörte Auftreten der Bürgerlichen in treffender Weise zurückwies, nahm die Debatte ihr Ende mit einer blamablen Niederlage der Herren. Es dürfte ihnen wohl für die nächste Zeit der Kopf zurechtgestellt sein. Nach Erledigung einiger weiterer Sachen und Annahme des Antrages, der die Weiterbeschäftigung der entlassenen Reinigungsfrauen verlangt, nahm die Sitzung in später Stunde ihr Ende.

Schülermonatskarten für Lehrlinge. Schülermonatskarten werden jetzt auch Personen unter 18 Jahren anverträgt, die ein Handwerk auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages erlernen, der den gesetzlichen Erfordernissen entspricht. Die Eisenbahndienststellen sind aber jetzt darauf hin-

gewiesen worden, daß die Vergünstigung nur für die Handwerkslehrlinge mit Einfluß derer in Fabrikbetrieben gilt. Sie erhalten die Karten zum Schulbesuch und zur Fahrt zur Arbeitsstätte. Andere Lehrlinge, wie Kaufmannslehrlinge, können Schülermonatskarten nur als Besucher einer Schule, einer Fortbildungs-, Fachschule usw. beziehen. Es gilt dies nur dann, wenn die Schule nicht am Arbeitsort gelegen ist. Handwerkslehrlinge müssen die Schülermonatskarten auf dem besonderen Vordruck beantragen. Der Antrag muß die Bescheinigung des Lehrmeisters oder der Fabrik sowie der Handwerkskammer enthalten. Die Bescheinigung einer Innung oder der Handelskammer an Stelle der Handwerkskammer genügt nicht.

Treffpunkt zur Maidemonstration

1. Bezirk: 10 Uhr Schulze-Dehlsch-Platz.
2. " 10 " Bülowplatz.
3. " 9 1/2 " Schlegelstraße bei Dams.
4. " 9 " Dennewitzplatz (Abmarsch 9 1/2).
5. u. 6. " 9 1/2 " Kleiner Tiergarten.
7. " 1/2 10 " Stralunder-, Ecke Brunnenstraße, (Abmarsch 10 Uhr).
8. " 9 1/2 " Beddingplatz.
9. " 9 1/2 " Beddingplatz.
10. " 9 " Christiania-Promenade (Abm. 9 1/2).
11. " 10 " Rönigstor.
12. " 9 1/2 " Helmholzplatz an der Kochener Str.
13. " 9 1/2 " Falkplatz.
14. " 10 " Bülowplatz.
15. " 9 1/2 " Straußberger Platz.
16. " 9 1/2 " Weberwiese.
17. " 9 1/2 " Baitenplatz.
18. " 9 " bei der Sped. Krüger, Bakertor-Ecke Brandenburgstraße.
19. " 9 " Fontanepromenade.
20. " 9 1/2 " Mariannenplatz.

Schöneberg-Friedenan: 9 1/2 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Platz (gemeinsam mit der SPD).

14. Bern.-Bez. Neukölln-Bez.: 9 Uhr Hermannplatz.

Charlottenburg: 1/2 10 Uhr am Arie.

Lichtenberg-Stadt: 9 1/2 Uhr Mittelpromenade Frankfurter Allee an der Kronprinzenstraße (Abmarsch pünktlich 9 1/2 Uhr).

Taubstummen-Organisation: 9 1/2 Uhr Elisabethstraße, Ecke Kurze Str. (Abmarsch pünktlich 11). Nachmittags 3 Uhr findet die Feier bei Euler, Köpenicker Straße 62, statt. Es ist Pflicht aller Taubstummen, an der Demonstration und Märsch teilzunehmen.

Jugendliche und Märscher. Die Gewerkschaftskommission ersucht uns, darauf hinzuwirken, daß für Kinder und Jugendliche die Schlamm- nach dem Lustgarten freigehalten wird. Dort wird den Jugendlichforderungen entsprechend ein Redner im besonderen sprechen.

„Festschrifttag“, unsere Festschrift zum 1. Mai, konnte vielen Nachbestellern nicht mehr geliefert werden, da die vorgesehene Auflage vergriffen war. Die Buchhandlung „Freiheit“ sah sich daher veranlaßt, einen Nachdruck zu veranstalten, der am Sonnabend, den 29. April zur Ausgabe gelangt. Betriebe, Distrikte, Händler, Spediteure, wollen die Festschrift abholen bzw. abholen lassen von der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9 (bis 6 Uhr abends geöffnet).

Schließung des Wohnungsamtes Kreuzberg. Das Wohnungsamt Kreuzberg wird für die Zeit vom 1. bis 31. Mai 1922 für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen gehalten. Trotz der Schließung werden am Montag und Mittwoch abgefordert: a) die mit Vorladungskarten versehenen Besucher, b) die im dienstlichen Auftrage Erschienenen, c) Exmittenten, denen Obdachlosigkeit droht. Ferner stehen für die Erledigung von Auskünften dem Publikum die Auskunftsstellen Holmannstr. 15, Rottbuser Str. 19 und Nordstraße 10, die täglich geöffnet sind, zur Verfügung. Das Publikum wird gebeten, in der vorgenannten Zeit von Besuchen abzusehen und dringliche Anträge schriftlich einzureichen.

Treptow-Sternwarte. Die im großen Hörsaal stattfindenden Film- und Lichtbildervorträge erfreuen sich allgemein großer Beliebtheit. In dieser Woche

wird nach Prüfung der Sachlage hiermit bescheinigt und die Aufsicht über die Bauausführung übernommen ... Imjaref.“

Natürlich hatte er die Sachlage nie geprüft, und die Aufsicht über die Bauarbeiten konnte er schon darum nicht übernehmen, weil ihn ein hartnäckiges Leiden am Ausgehen hinderte.

Auch dem Inspektor der Messe und verschiedenen anderen Herren, die in der Sache etwas zu sagen hatten, überbrachte ich Bestechungsgelder, wogegen sie mir die „amtliche“ Genehmigung zu jeder Art von Ungesetzlichkeit“ aushändigten, wie mein Lehrherr die von mir heimgebrachten Dokumente nannte. Der einzige Lohn, der mir für alle meine zahlreichen Dienstleistungen zuteil wurde, bestand darin, daß ich mich des Abends, wenn meine Leute ausgegangen waren, vor die Tür setzen und ihre Rückkehr abwarten durfte. Es kam nicht sehr oft vor, doch blieben sie, wenn sie fortgingen, bis nach Mitternacht, so daß ich immerhin ein paar Stunden für mich hatte. Ich sah dann auf dem Treppenabsatz oder auf dem Balkenstapel gegenüber der Tür, guckte in die Fenster der Wohnung meiner Dame und lauschte begierig auf die heitere Unterhaltung und die Musik, die ich dort vernahm.

Die Fenster standen offen. Durch die Vorhänge und das Blätterreg der Blumen sah ich die schlanken Gestalten der Offiziere, den kugelrunden Major und sie selbst, wunderbar schön in ihrem einfachen Kleide.

„Königin Margot“ hatte ich sie still für mich genannt.

Das ist also jenes lustige Leben, von dem die französischen Dichter schreiben! dachte ich, während ich in die Fenster schaute. Und jedesmal besiel mich eine leichte Traurigkeit — die kindliche Eifersucht verriet es nicht, diese Männer um Königin Margot herum schwärmen zu sehen wie Wespen um eine Blume.

Seltener als die andern erschien bei ihr ein hochgewachsener, ernst blickender Offizier mit einer furchtbaren Narbe auf der Stirn und tiefliegenden Augen. Er brachte jedesmal seine Weige mit und spielte so herrlich, daß die Passanten vor den Fenstern stehen-

blieben. Auch meine Leute öffneten, wenn sie zu Hause waren, die Fenster, hörten zu und lobten den Weigenpieler. Ich erinnere mich nicht, daß sie sonst jemals einen Menschen mit ihrem Lobe ausgezeichnet hätten, außer vielleicht den Protodion in der Kathedrale, und ich weiß, daß ein Fischragout auf sie einen größeren Reiz ausübte als alle Musik. Zuweilen sang und deklamierte der Offizier mit gedämpfter Stimme, wobei er festsam beklommen atmete und sich mit der Hand die Stirn hielt. Einmal, als ich unter dem Fenster mit der Kleinen spielte und Königin Margot ihn bat, etwas zu singen, weigerte er sich lange und sagte dann mit scharfer Betonung:

„Wohl bedarf das Lied der Schönheit,
Doch die Schönheit nicht des Liedes...“

Der Herr Bers gefiel mir sehr gut, und ich empfand — weshalb, wußte ich selber nicht — Mitleid mit dem Offizier.

Ich sah meine Dame jedoch lieber allein am Flügel, wenn keine Gäste da waren und sie ganz für sich spielte. Die Musik berauschte mich, ich sah nur das Fenster und dahinter im gelben Lampenlichte die schlauke Frauen-gestalt mit dem stolzen Profil und den zarten Händen, die gleich weißen Vögeln über die Tasten hinfliegen.

Ich schaute nach ihr hin, hörte die schwermütige Musik und ging meinen Phantasien nach. Einen Schach wollte ich heben und ihr schenken, sie sollte reich sein! Oder ich wünschte General Skobelew zu sein — dann hätte ich den Türken einen neuen Krieg angefangt, schweres Obsegeld von ihnen genommen und dafür meiner Dame an der schönsten Stelle der Stadt ein prächtiges Haus errichtet.

Aus unserm Hause aber und unserer Straße sollte sie so bald wie möglich fortziehen, denn alle Welt redete schon gar zu häßlich und beleidigend von ihr. Die Nachbarn, die Dienstmoten, meine Leute vor allem sprachen von der Königin Margot in ganz demselben widerwärtigen und niederträchtigen Tone wie früher von der Zuspneidersfrau, nur taten sie es vorsichtiger, mit gedämpfter Stimme und spähdendem Blick.

(Fortsetzung folgt.)

